



Ausschuss für Kultur und Medien

5. Sitzung (öffentlich)

7. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE) (Vorsitzender)

Dr. Stefan Nacke (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) – kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel des Einzelplans 02 und 06**

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

a) Einzelplan 02 – Ministerpräsident
Erläuterungsband zum Einzelplan 02
Vorlage 17/254

b) Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft
Erläuterungsband zum Einzelplan 06
Vorlage 17/325

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt Einzelplan 02 – Ministerpräsident, Teil: Medien – mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der SPD an.

Der Ausschuss nimmt sodann Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Teile: Kultur und Landeszentrale für politische Bildung/Erinnerungskultur – mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der SPD an.

2. Nachbenennung eines Mitglieds für das Kuratorium der Stiftung Insel Hombroich 9

Der Ausschuss benennt Oliver Keymis einstimmig als Mitglied für das Kuratorium der Stiftung Insel Hombroich.

3. Verschiedenes 10

a) NetzpolitikCamp am 3. März 2018

b) Ausschussreise anlässlich der Berlinale 2018

Der Ausschuss kommt überein, beim Präsidium zu beantragen, eine Ausschussreise zur Berlinale durchzuführen.

c) Verfahren zur Verlängerung der Amtszeit des Verwaltungsrates des Westdeutschen Rundfunks

Der Ausschuss kommt überein, im Umlaufverfahren der Obleute einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen.

d) Wünsche zum Jahresende

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) – kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel des Einzelplans 02 und 06**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

a) Einzelplan 02 – Ministerpräsident
Erläuterungsband zum Einzelplan 02
Vorlage 17/254

b) Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft
Erläuterungsband zum Einzelplan 06
Vorlage 17/325

Abschließende Beratung und Abstimmung

a) Einzelplan 02 – Ministerpräsident

Alexander Vogt (SPD) zeigt sich erstaunt darüber, dass der Ministerpräsident trotz anderslautender Ankündigungen heute nicht an der Ausschusssitzung teilnehme, und verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, den für Medien zuständigen Ministerpräsidenten in einer der nächsten Ausschusssitzungen begrüßen zu können.

Der Medienteil des Haushalts baue in vielen Punkten auf die Arbeit der rot-grünen Vorgängerregierung auf. So würden etwa die Initiativen zum Freifunk, das NetzpolitikCamp und der unter der Rüttgers-Regierung abgeschaffte Tag der Medienkompetenz weitergeführt.

Bemerkenswert finde er die Wendung der Aussagen der Landesregierung zur Filmförderung. Zu Oppositionszeiten von Christdemokraten und Liberalen hätten diese vorgetragen, NRW müsse um seine Rolle als Medienland Nummer eins kämpfen. Jetzt sprächen CDU und FDP lediglich davon, dass NRW etwas aufschließen solle.

Viele Ankündigungen der neuen Landesregierung fänden sich nicht im Haushalt wieder, etwa Aussagen zu einem völlig neuen Format des Medienforums oder zur Förderung völlig neuer Medienkompetenzprojekte.

Viele der von Rot-Grün angelegten Stellschrauben blieben unverändert, die Filmstiftung erhalte mehr Mittel. Ansonsten sei vieles angekündigt worden, aber noch nicht sichtbar im Haushalt hinterlegt worden. Daher werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung über diesen Einzelplan enthalten.

Thomas Nückel (FDP) begrüßt, dass Alexander Vogt würdige, dass die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen nicht das Beil an den Medienhaushalt angelegt hätten. Zur Demokratie gehöre es, dass die neue Regierung auf Vorarbeiten der alten aufbaue.

Im Übrigen beschleiche ihn das Gefühl, dass die Opposition nichts Neues vorbringen könne und offensichtlich nichts gelernt habe. Ihm komme es so vor wie „Lost in Space“, was auch daran liegen könne, dass sich der Godfather der SPD-Medienpolitik auf den rettenden Planeten Hypocrite bei Mainz gerettet habe.

Die angekündigte Enthaltung der SPD zum Haushalt begrüße er ausdrücklich, halte jedoch die erhobenen Forderungen nach Konzepten etwa zur Neuausrichtung des Medienforums für Heldenmut nach Ladenschluss. Die Vorgängerregierung hätte dazu die Gelegenheit gehabt, diese aber nicht wahrgenommen, sodass er nur eine uninspirierte Medienpolitik von Rot-Grün feststellen könne. Die alte Landesregierung sei in eine Sackgasse gestolpert, und die jetzige Opposition wolle diese mit Forderungen nach Schnellschüssen zur Einbahnstraße erklären. Aus seiner Sicht sei in den letzten Jahren das Medienforum Zug um Zug gegen die Wand gefahren worden. Die neue Landesregierung nehme sich jetzt die Zeit, um mindestens sieben Brücken für Gespräche mit Akteuren aus der Medienszene zur Neuausrichtung des Medienforums zu bauen.

Die Erhöhung der Zuschüsse an die Film- und Medienstiftung unterstreiche die wichtige Rolle von NRW als Produktionsland und stelle darüber hinaus eine Trendwende dar. Zu rot-grünen Regierungszeiten seien sinkende Finanzmittel ein Markenzeichen gewesen. Die neue Landesregierung nehme den von Rot-Grün verursachten großen Abstand zu Berlin und Brandenburg sowie Bayern nicht tatenlos hin, sondern die Verfolgung auf.

Er zeige sich darüber hinaus erfreut, dass die SPD die stabilen und Planungssicherheit garantierenden Haushaltsansätze bei Freifunk etc. würdige. Er sehe auch in Zukunft weitere Aufgaben der Medienkompetenz auf die Akteure zukommen.

Arndt Klocke (GRÜNE) teilt Thomas Nückels Auffassung, dass eine neue Regierung auf den Vorarbeiten der Vorgängerregierung aufbaue und dann Chancen nutze, um eigene Akzente zu setzen.

Er, Klocke, begrüße die Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Film- und Medienstiftung, die ein Markenzeichen für NRW darstelle und die große Ausstrahlungskraft im Bund und in Europa entfalte. Er freue sich überdies auf die Vorstellung der neuen Ideen der Landesregierung für das Medienforum im Ausschuss.

Der Medienhaushalt finde die Zustimmung seiner Fraktion.

Ihre Fraktion begrüße den Haushaltsentwurf der Landesregierung ausdrücklich, so **Andrea Stullich (CDU)**, da dieser die richtigen Schwerpunkte setze. Der Haushalt verstetige bestimmte Initiativen der Vergangenheit. Mit der Aufstockung der Zuschüsse für die Film- und Medienstiftung um 1 Million € setze die Landesregierung ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um. Ferner verstetige sie den Haushaltsansatz für die Zuschüsse etwa für die Fortentwicklung des Film- und Fernsehstandorts

NRW, des Mediengründerzentrums oder des Film Festivals Cologne. Sie schreibe darüber hinaus den Zuschuss für das Grimme-Institut fort.

Die Erhöhung der Finanzmittel für die Film- und Medienstiftung stelle aus Sicht ihrer Fraktion den richtigen Weg dar, um auch individuelle audiovisuelle Projekte wie Games und Webvideos zu fördern und um die Wertschöpfung in diesen Bereichen zu stärken. Sie weise darauf hin, dass das Haushaltsverfahren in diesem Bereich noch nicht abgeschlossen worden sei.

Das Medienforum NRW werde ein neues Konzept mit dem Ziel erhalten, den Medien- und Digitalstandort NRW nach außen noch wirksamer zu präsentieren. Bei der Aussage von Alexander Vogt vor einem Jahr, das Medienforum strahle weit über Nordrhein-Westfalen hinaus, handele es sich ihrer Ansicht nach um eine heftige Fehleinschätzung. Um diese von der rot-grünen Landesregierung übernommene Baustelle kümmere sich nun die neue Landesregierung.

Ihre Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf zu und begrüße die angekündigte Enthaltung der SPD.

b) Einzelplan 06 – Teil: Kultur

Andreas Bialas (SPD) stellt in Aussicht, seine Fraktion werde die übliche Oppositionshaltung, die Skandalisierung, den Nachweis von Schwächen und den Ausdruck gerechtfertigter Empörung umfasse und einem deutlichen Nein münde, nicht an den Tag legen.

Seine Fraktion begrüße die Erhöhung des Haushalts um 20 Millionen €, die Überrollung bisheriger Ansätze und die Berücksichtigung der Tarifentwicklungen. Bei den 20 Millionen € handele es sich nach der Auffassung seiner Fraktion nicht um Spielgeld, um über die Lande zu ziehen und damit in feudaler Weise gewisse Großzügigkeiten zu bezahlen, vielmehr erwarte sie, über konkrete Planungen ins Bild gesetzt zu werden. Seine Fraktion gebe dem Ministerium einen Vertrauensvorschuss, wolle aber über die Haltung des Ministeriums in Sachen Ausgestaltung informiert werden.

Die SPD-Fraktion werde sich aufgrund der unkonkreten Ausgestaltung bei der Abstimmung enthalten.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) weist auf die Anfrage ihrer Fraktion zu Kennzahlen aller kommunalen Theater und Orchester hin. Sie sehe das Ministerium in der Pflicht, sich diese Zahlen als Planungsgrundlage zu besorgen, und zeige sich enttäuscht von der Antwort des Ministeriums, dass diese Zahlen nicht vorlägen. Dabei stünden die Zahlen nicht zuletzt in den entsprechenden Ratsinformationssystemen öffentlich zur Verfügung.

Ihre Fraktion wolle mehr Hintergrundinformationen über die spezifische Förderung von Theatern und Orchestern und habe deswegen Bauchschmerzen mit Blick auf den Haushalt.

Der jetzige Haushaltsentwurf stelle den ersten Schritt auf dem Weg zu dem Ziel dar, zum Ende der Legislaturperiode zu einer 50-prozentigen Erhöhung der Mittel für Kultur zu kommen, so **Lorenz Deutsch (FDP)**. Die nicht konkretisierten Haushaltsansätze halte er für eine große Stärke des Verfahrens, die dem Ministerium ein planvolles, dialogisches und zielführendes Vorgehen ermögliche. Er danke dem zuständigen Ministerium sowie dem Finanzministerium, das dieses Verfahren mittrage.

Auch **Bernd Petelkau (CDU)** hält den Entwurf für einen wichtigen ersten Schritt, um Kultur in NRW noch stärker als bisher sichtbar zu machen. Seine Fraktion unterstütze die Regierung in ihrem Bemühen, Fördermaßnahmen strukturiert aufzusetzen.

Er sehe eine breite Unterstützung für die Stärkung kommunaler Theater und Orchester sowie für die Stärkung der freien Szene. All diese Institutionen stellten wichtige Aspekte der Kulturlandschaft in NRW dar. Darüber hinaus müssten wichtige Aspekte der Digitalisierung berücksichtigt werden.

Mit den 20 Millionen € sollten unter anderem wichtige Initiativen unterstützt werden. Beim Mitteleinsatz werde darauf geachtet, Substitutionseffekte zu vermeiden. Land, Kommunen und andere Akteure sollten weiterhin ihre Mittel in die Projekte fließen lassen.

Mit dem Haushaltsansatz solle Planungssicherheit für die Institutionen geschaffen werden. Er zeige sich zuversichtlich, im ersten und spätestens im zweiten Quartal des nächsten Jahres zu den Schwerpunktsetzungen zu kommen, um die Breite der Kulturlandschaft NRW erhalten und ausbauen zu können. Darüber hinaus solle der eine oder andere Leuchtturm gefördert werden. So werde das Kulturland NRW noch stärker als bisher strahlen.

Britta Altenkamp (SPD) erläutert, auch ihre Fraktion wisse um die nicht einfache Aufgabe, Substitutionen von Finanzmitteln zu vermeiden, werde sich deshalb enthalten und der Landesregierung insoweit einen Vertrauensvorschuss geben.

Die verkürzten Verfahren forderten das Parlament sehr stark; darüber werde ihre Fraktion zukünftig nicht hinwegsehen. Auch mit wolkigen Ankündigen werde sie sich nicht abspesen lassen. Die SPD-Fraktion wolle über Fördergegenstände und Art der Förderung informiert werden und den roten Faden der Kulturpolitik vorgestellt bekommen.

Arndt Klocke (GRÜNE) erinnert an die Vorstellung der Grünen, konstruktive Oppositionsarbeit zu leisten. Natürlich werde seine Fraktion die Entwicklung und Umsetzung des Haushalts verfolgen und begleiten. Er sehe keinen Grund, dem Haushaltsentwurf nicht zuzustimmen, zumal er in vielen Bereichen gut angelegt sei.

Das verkürzte Beratungsverfahren halte er mit Blick auf die Abgeordneten für an der Grenze der Zumutbarkeit. Seine Fraktion habe das Verfahren mitgetragen, um einen verfassungsgemäßen Haushalt zu verabschieden und um vielen Zuwendungsempfängern Planungssicherheit zu ermöglichen.

Ihre Fraktion könne weder die Basis für die Mittelverteilung noch die Kriterien für das Vorgehen erkennen, so **Gabriele Walger-Demolsky (AfD)**. Sie wolle über die Kriterien für die Mittelvergabe beim Theater- und Orchesterpakt informiert werden. Unter diesen Bedingungen werde ihre Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen, zumal es sich bei den Mitteln um Steuergeldern handele.

Vorsitzender Oliver Keymis erinnert an die Absprache, Abstimmungen in der heutigen Sitzung in Fraktionsstärke vorzunehmen. Im Übrigen informiert er den Ausschuss, Ministerpräsident Laschet habe seine Teilnahme an der Ausschusssitzung mit Rücksicht auf den SPD-Parteitag verschoben.

b) Einzelplan 06 – Teil: Landeszentrale für politische Bildung/Erinnerungskultur

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) erläutert, die Anfrage ihrer Fraktion beziehe sich auf die Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Der Haushaltstitel solle auch Beratungsleistungen gegen Linksextremismus umfassen, was aber nicht explizit erwähnt werde. Daher werde ihre Fraktion beantragen, den Haushaltsansatz in Maßnahmen gegen rechts und Maßnahmen gegen links zu splitten, da ihre Fraktion auch Beratungsleistungen gegen den Linksextremismus explizit im Haushalt aufgenommen sehen wolle.

Vorsitzender Oliver Keymis weist auf die Kleine Anfrage 17/289 des Abgeordneten Thomas Röckemann von der AfD und die Antwort der Landesregierung hin.

PStS Klaus Kaiser (MWK) legt dar, sowohl Rechts- als auch Linksradikalismus machten betroffen, und erinnert daran, dass die Beratungsstrukturen gegen Rechtsradikalismus infolge einer Mordserie gegen Menschen in Nordrhein-Westfalen gestärkt worden seien. Er halte es für wichtig, die Ursachen zu erfassen und präventive Maßnahmen zu ermöglichen.

Er halte es ebenfalls für wichtig, auch über Kenntnisse zum Linksradikalismus zu verfügen. Die Forschung in diesem Bereich falle weniger umfangreich aus. Es gehe darum, sie zu stärken. Im Rahmen des allgemeinen Haushalts stünden im Rahmen der Mittel für die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung für Initiativen gegen den Linksradikalismus zur Verfügung. Er finde es daher überflüssig, Haushaltsstellen zu splitten. In der allgemeinen Haushaltsstelle finde der Linksextremismus nicht explizit Erwähnung, jedoch werde er im Rahmen der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung ausreichend berücksichtigt.

Der Ausschuss nimmt Einzelplan 02 – Ministerpräsident, Teil: Medien – mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der SPD an.

Der Ausschuss nimmt sodann Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Teile: Kultur und Landeszentrale für politische Bildung/Erinnerungskultur – mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der SPD an.

2 Nachbenennung eines Mitglieds für das Kuratorium der Stiftung Insel Hombroich

Vorsitzender Oliver Keymis informiert, die Stiftung Insel Hombroich habe darum gebeten, ein Mitglied des Landtags für das Kuratorium zu benennen, das aus dem Rheinkreis Neuss kommen müsse. Die Obleute seien übereingekommen, ihn selbst für dieses Amt vorzuschlagen.

Stellv. Vorsitzender Dr. Stefan Nacke führt die Abstimmung über die Kandidatur von Oliver Keymis durch.

Der Ausschuss benennt Oliver Keymis einstimmig als Mitglied für das Kuratorium der Stiftung Insel Hombroich.

3 Verschiedenes

a) NetzpolitikCamp am 3. März 2018

Vorsitzender Oliver Keymis informiert den Ausschuss über eine Einladung des Chefs der Staatskanzlei an die Ausschussmitglieder, am NetzpolitikCamp mit dem Thema „Social Media für Erwachsene“ teilzunehmen. Ein entsprechendes Schreiben werde verteilt.

b) Ausschussreise anlässlich der Berlinale 2018

Vorsitzender Oliver Keymis regt eine Ausschussreise zur Berlinale 2018 an. Am Sonntagabend, 18. Februar 2018, finde ein Empfang in der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen statt. Im Vorfeld des Empfangs könnten einige Filme angesehen werden; für Montagmorgen, 19. Februar 2018, befinde er sich in Abstimmung mit der Chefin der Filmförderung, um ein Gespräch mit Produzentinnen und Produzenten vor Ort zu ermöglichen.

Der Ausschuss kommt überein, beim Präsidium zu beantragen, eine Ausschussreise zur Berlinale durchzuführen.

c) Verfahren zur Verlängerung der Amtszeit des Verwaltungsrates des Westdeutschen Rundfunks

Vorsitzender Oliver Keymis legt dar, aufgrund der Bestimmungen des WDR-Gesetzes solle noch vor der nächsten Ausschusssitzung ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Der Ausschuss kommt überein, im Umlaufverfahren der Obleute einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen.

d) Wünsche zum Jahresende

Vorsitzender Oliver Keymis dankt für die bisherige Zusammenarbeit im Ausschuss und wünscht allen Anwesenden schöne Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2018.

gez. Oliver Keymis
Vorsitzender

gez. Dr. Stefan Nacke
Stellv. Vorsitzender

13.12.2017/09.01.2018

160